

Ulrike Eifler (Hrsg.)

# **Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg**

Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung

mit einem Vorwort von  
Heinz Bierbaum

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

*Ulrike Eifler*

## Den Frieden gewinnen nicht den Krieg – Zur Einführung

Am 23. und 24. Juni hatte die IG Metall Hanau-Fulda in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Hanau organisiert. Der Impuls dazu kam aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft, einem gewerkschaftlichen Zusammenschluss in der und um die Partei DIE LINKE.

Der Hintergrund: Wir blickten im Januar 2023 ohnmächtig auf die nach unserer Einschätzung unterentwickelte gewerkschaftliche Diskussion über Krieg und Frieden. Die große Verunsicherung, die wir in den Gewerkschaften wahrnahmen, ihre Zurückhaltung, wenn es darum ging, sich klar und deutlich für die Sicherung des Friedens, für eine Ausweitung der Entspannungspolitik und für das Primat der Diplomatie einzusetzen, wurde und wird der tiefen gesellschaftlichen Krisensituation, die sich mit dem Ukraine-Krieg noch einmal verschärfte, nicht gerecht. Mehr noch: Die Gewerkschaften sind vielerorts das infrastrukturelle Rückgrat regionaler Friedens- und Ostermarsch-Initiativen. Wenn sich die Gewerkschaften zurückhalten, dann schwächt das zugleich all diejenigen, die dagegen sind, dass das politische Establishment vor allem im Westen seine Politik mit den Mitteln des Krieges fortsetzt. Die Zeit, in der Abrüstungsverträge geschlossen wurden, in der sich Politiker darauf verständigten, dass ein Atomkrieg für niemanden zu gewinnen ist, scheint endgültig vorbei. Zu diesem Urteil muss kommen, wer wahrnimmt, mit wieviel Nachdruck, Selbstverständlichkeit und scheinbarer Alternativlosigkeit Aufrüstungsvereinbarungen getroffen werden.

Während außenpolitisch die Eskalationsgefahr mit jedem Tag steigt, den der Krieg in der Ukraine dauert, verschärft sich innenpolitisch der Ton gegenüber denjenigen, die für friedliche Lösungen eintreten. Friedenspolitische Positionen werden als „Putinversteherei“ diffamiert, die Friedensbewegung unter den Verdacht gestellt, der extremen Rechten nahe zu stehen und in den Medien zuweilen über die „friedensverwöhnten Generationen“ fabuliert, ganz so, als sei das Aufwachsen im Frieden, das Leben, Lieben, Lachen, das Erwachsenwerden und das Altwerden ohne Bombenangst und Zerstörung ein unverdientes Privileg.

Die Gewerkschaften haben sich in ihrer 150 Jahre währenden Geschichte nie „nur“ auf ihr Kerngeschäft konzentriert. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurde immer weiter gefasst als die Verhandlung über Löhne und Arbeitsbedingungen. Sie schloss den Kampf für die Stärkung der Demokratie, die Durchsetzung der Frauenrechte, den Kampf gegen Diskriminierung jeder Art und das Streiten für ein Leben in Frieden stets mit ein. Die aktuelle Vielfach-Krise ruft all diese Themen zugleich und mit großer Dringlichkeit auf die Tagesordnung. Ein zurückhaltendes Agieren der größten und durchsetzungsstärksten Organisationen, den Gewerkschaften, wird der Tiefe der gesellschaftlichen Krisensituation und der damit verbundenen komplexen Herausforderungen nicht gerecht.

Die Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung zu befördern, war der Ausgangspunkt für die Hanauer Konferenz. Und das nicht zuletzt, weil wir vielerorts in den Geschäftsstellen, in den Orts- und Bezirksvorständen kleine Initiativen wahrnahmen, um Positionen zu schärfen und gemeinsam aktiv zu werden. Eine solche Initiative war der Warnstreik der IG Metall Hanau-Fulda, der während der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie im Herbst 2022 gemeinsam mit der Hanauer Friedensinitiative unter dem Motto: „Löhne rauf! Waffen runter!“ stattfand. Ein halbes Jahr später wiederholten die Hanauer Kolleginnen und Kollegen von ver.di diesen Warnstreik während der Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Über diese Beispiele wollten wir sprechen, mit ihnen wollten wir hausieren gehen, um sie sichtbar zu machen.

Deshalb war die Freude groß, als die IG Metall Hanau-Fulda die Idee aufgriff und auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereit stand, um eine friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz zu organisieren, die das Ziel hatte, die Auswirkungen des Krieges auf die arbeitenden Klassen zu diskutieren.

Dass die Konferenz auf Resonanz stoßen würde, hatten wir gehofft, dass das Interesse derart groß werden würde, hätten wir selbst in unseren kühnsten Träumen nicht erwartet. Etwa 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, im Livestream waren es noch einmal so viele. Die große Nachfrage zeigt: Die komplexe gesellschaftliche Krisensituation erzeugt unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ein wachsendes Bedürfnis nach politischer Orientierung. Im Zentrum steht dabei der Spagat, einerseits die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften auch in gesellschaftspolitischen Fragen herzustellen und andererseits zu vermeiden, dass sich die politischen Spaltungslinien rund um die Bewertung des Ukraine-Krieges in der Gewerkschaft reproduzieren.

Die Konferenz machte klar: Gewerkschaften geraten in zugespitzten gesellschaftlichen Krisensituationen allzu leicht in Widerspruchskonstellationen.

Diese können nur mit politischer Klarheit und organisationspolitischer Umsicht aufgelöst werden. Beides geschieht nicht von allein, sondern muss organisiert werden.

## Auswirkungen des Krieges

Dass die Gewerkschaften gerade in Zeiten des Krieges vor neuen Verteilungsausinandersetzungen stehen, wurde bei vielen Konferenzbeiträgen immer wieder deutlich. Insbesondere der Input des Abteilungsleiters für Wirtschaftspolitik beim DGB, Florian Moritz, sowie die anschließende Diskussion zwischen Robert Weissenbrunner (IG Metall), Natalie Jopen (ver.di) und Andreas Müller (EVG) zeigten: Auch in Deutschland verschränken sich außenpolitische und sozialpolitische Fragen zunehmend ineinander. So hat der Krieg in der Ukraine eine Inflation in Gang gesetzt wie seit 1950 nicht mehr. Energie, Lebensmittel, Mieten – alles wird teurer. Obwohl also Deutschland kein unmittelbar kriegsführendes Land ist, sondern eher indirekt durch Waffenlieferungen, Sanktionen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten am Kriegsgeschehen beteiligt ist, sind die Auswirkungen auf die Menschen in der Bundesrepublik gravierend. Nicht zuletzt die aktuellen Haushaltsberatungen der Bundesregierung zeigen: Eine Zeit, in der Kriege und Aufrüstung Konjunktur haben, führt zu Sozialkürzungen und heizt neue Umverteilungskonflikte an.

Und wer wüsste besser als die Gewerkschaften, dass Umverteilung schon in Zeiten des Friedens schwierig genug ist – in Kriegszeiten ist es noch unwahrscheinlicher, dass Reiche und Superreiche, Konzernchefs, Arbeitgeber, Immobilienspekulanten oder Rüstungslobbyisten für staatliche Ausgaben zur Kasse gebeten werden.

Während die Verteilung Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik voranschreitet und die Vertafelung der Gesellschaft insbesondere nach der Corona-Pandemie dramatische Ausmaße angenommen hat, verheddert sich die Bundesregierung in einem peinlichen Streit um die Ausfinanzierung der Kindergrundsicherung. Ebenso entlarvend war das Statement aus dem Verteidigungsministerium während der Tarifrunde im öffentlichen Dienst – führende Beamte fürchteten, dass ein hoher Abschluss die Ausstattung der Bundeswehr gefährden würde. Zu dieser Politik passt dann auch das kleinliche Ringen des Verkehrsministers um die Fortführung des Deutschlandtickets. Während über Nacht 100 Milliarden Euro für das Sondervermögen Bundeswehr beschlossen wurden und sich in der Folge ausgerechnet Sozialdemokraten darin überboten, diesen Betrag zu verdoppeln (Boris Pistorius) oder zu verdreifachen (Eva Högl), während der Bundeskanzler

zusätzlich zu dem Sondervermögen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO bereitwillig erfüllen möchte, soll bei Bildung, Kindern, Armutsbekämpfung, Klimagerechtigkeit und öffentlicher Infrastruktur gespart werden.

Hier zeigt sich, solange Gewerkschaften und Sozialverbände die Herausforderung nicht annehmen, sich gegen diese falsche und gefährliche Prioritätensetzung zu stemmen, wird die Bundesregierung so weiter machen. Gewerkschaften müssen deshalb Teil der Friedensbewegung sein, weil der Krieg in seinen Auswirkungen am stärksten nicht Reiche und Superreiche trifft, sondern die arme und arbeitende Bevölkerung – Pflegepersonal, Stahlarbeiter, Reinigungskräfte.

## Friedensbewegung stabilisieren

Vor allem die gute Konferenzatmosphäre machte deutlich, dass die Gewerkschaften eine stabilisierende Rolle für die Friedensbewegung spielen können. Die Inputs und Wortbeiträge waren trotz der vielen politischen Spaltungslinien, die das Thema bietet, konstruktiv und nach vorn gerichtet. Vielfach standen lokale Erfahrungen im Zentrum der Diskussionsbeiträge. Diese konstruktive Konferenzatmosphäre muss auf eine Schlüsselkompetenz aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zurückgeführt werden: Sie wissen, dass Handlungsfähigkeit nur entstehen kann, wenn über Meinungsunterschiede hinweg die Einheit organisiert wird. Wie oft müssen in Konzernbetriebsräten die unterschiedlichen regionalen, nationalen und standortbezogenen Erfahrungen und Perspektiven der Kolleginnen und Kollegen zusammengebracht werden? Zusammenstehen, auch wenn man nicht in allen Fragen einer Meinung ist – das erfordert einen Blick für die wichtigen Fragen, in denen es Einigkeit braucht. Und das erfordert Toleranz und Gespür für die weniger wichtigen Fragen, in denen man sich unterschiedliche Einschätzungen zugestehen kann. Diese Kompetenz kann eine wichtige, eine stabilisierende Erfahrung für die Friedensbewegung sein – das hat die Konferenz mehr als einmal unterstrichen.

## Gewerkschaften als Demokratieträger

Die Teilnehmerzusammensetzung spiegelte zugleich ein Stück lebendiger Gewerkschaftsgeschichte wider. Viele ältere Kolleginnen und Kollegen waren vor Ort – Kollegen, die mit ihren Erfahrungen unterstrichen, dass die Gewerkschaften sich einmischen müssen, wenn es um die Frage von Krieg und Frieden geht. Dass wir heute, wenn wir über den Zweiten Weltkrieg reden, vor allem über seine Verbrechen reden, über Massenerschießungen, Konzentrationslager, Antisemitis-

mus, industriellen Massenmord, Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft, hat etwas mit historischen Figuren wie Fritz Bauer oder Carl Friedrich von Weizsäcker zu tun. Es hat aber eben auch etwas mit dem Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen in der Nachkriegszeit zu tun.

Als nach zwei verlorenen Weltkriegen so mancher den Mantel des Schweigens über diese Zeit ausbreiten und stillschweigend wieder zur Tagesordnung übergehen wollte, waren es überall in der Bundesrepublik Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die durch politische Regionalforschung dazu beigetragen haben, dass eine kritische Sicht auf die Geschichte von unten erkämpft werden konnte. Sie haben erreicht, dass Straßen umbenannt, antifaschistische Stadtrundgänge organisiert und mit Zeitzeugengesprächen die Erinnerungen an die furchtbaren Auswirkungen des Krieges und an die Verbrechen der Nazis wachgehalten wurden. Mit dieser Arbeit haben sie den Widerstand, den Mut und den Stolz von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Christen sichtbar gemacht. Sie haben damit gezeigt: Die Unterstützung für Hitler und seine verbrecherische Politik war zu keinem Zeitpunkt alternativlos und Verweigerung jederzeit und für viele, selbst unter den grausamen Bedingungen der Gefangenschaft, eine Option.

Nicht zuletzt der große Roman des ungarischen Schriftstellers Imre Kertész „Roman eines Schicksallosen“ zeugt davon, dass in deutschen Konzentrationslagern nicht nur gestorben, sondern auch überlebt wurde – weil es diejenigen gab, die versteckt vor den Augen der SS und unter hohem Risiko Solidarität und Unterstützung organisierten. Die Erinnerung an diese Momente wach zu halten, war ein großer Verdienst der Gewerkschaften. Und vielleicht lässt sich dieser wertvolle Beitrag in seiner Bedeutung noch einmal zusätzlich unterstreichen, wenn man sich an den Resistance-Kämpfer Peter Gingold erinnert, der – so jedenfalls ist es überliefert – in den 1980er Jahren vor jungen Gewerkschaftern im Frankfurter DGB-Haus gesagt haben soll: „Wenn ich am Frankfurter Hauptbahnhof frage, wie ich zum Geburtshaus von Anne Frank komme, dann werde ich Mühe haben, jemanden zu finden, der das weiß. Wenn ich in Amsterdam nach dem Weg zum Anne-Frank-Haus frage, wird es nur wenige geben, die das nicht wissen“.

Es war das Engagement unzähliger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Nachkriegszeit, das wesentlich dazu beigetragen hat, dass der deutsche Blick auf den Zweiten Weltkrieg, auf Faschismus, Vernichtung und Zerstörung heute auch ein Blick von unten ist, durch die Augen derjenigen, die aufbegehrt und Solidarität organisiert haben. Gerade jetzt ist es wichtig, sich an diese verantwortungsvolle Aufgabe und die Rolle, die die Gewerkschaften als gesellschaftliche Demokratieträger spielen, zu erinnern.

## Einordnung des Krieges

Doch nicht nur die Auswirkungen des Krieges auf die Lohnabhängigenklasse und die damit einhergehende gewerkschaftliche Verantwortung standen im Zentrum der Konferenzdiskussion, sondern auch die Frage, wie dieser Krieg eingeordnet werden muss. Vor allem der Inputvortrag des ehemaligen UN-Korrespondenten der taz, Andreas Zumach, hob hervor, dass der Krieg in der Ukraine richtig eingeordnet werden muss, um geeignete Schlussfolgerungen zu ziehen. Geopolitische Veränderungen und Neuverschiebungen müssen in die Bewertung des Krieges einbezogen werden. Berücksichtigt werden dürften nicht nur Kriegsursachen, sondern auch Kriegsursachen, um sein eigenes politisches Handeln richtig auszurichten.

Auch Ingar Solty machte deutlich, dass wir uns in einer fortgeschrittenen und dauerhaften gesellschaftlichen Krisensituation befinden, die immer stärker auf soziale, ökologische und friedenspolitische Kippunkte zusteuert. Diese Vielfach-Krise oder, wie Ingar Solty sie nennt: die Sechs-Dimensionen-Krise, kann schnell zu einer Eskalation des Kriegsgeschehens beitragen. Weil die geopolitischen Verschiebungen – der relative Abstieg der Weltmacht USA und der Aufstieg Chinas zur neuen Hegemonialmacht – mit der Frage einhergeht, ob Chinas Aufstieg friedlich verlaufen wird. Historisch führten solche Hegemoniewechsel immer zu einem Weltkrieg. Deshalb, so die These von Solty und Zumach, darf man den Krieg in der Ukraine nicht singulär betrachten, sondern muss ihn in den Kontext weltweiter geopolitischer Veränderungen stellen und dabei den wachsenden Konflikt zwischen den USA und China in besonderer Weise in den Blick nehmen.

## Internationale Perspektive

Gerade vor dem Hintergrund der internationalen Dimension, die der Krieg in der Ukraine hat, war es von besonderer Bedeutung, dass auch die internationale Perspektive nicht fehlte. Das europapolitische Podium war daher zweifelsohne der Höhepunkt der Konferenz. Auf dem Podium diskutieren die linke Europa-Abgeordnete Özlem Alev Demirel, die Vertreterin der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FIOM, Valentina Orazzini, und der ehemalige Vorsitzende der britischen Labour Party, Jeremy Corbyn, miteinander. Angesichts einer neuen Lebenshaltungskrise in Europa machten sie deutlich, wie wichtig nicht nur eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung ist, sondern auch, dass in den Gewerkschaften wieder stärker über internationale Solidarität diskutiert werden muss.

## In guter alter Tradition

Die Überlegung, Hanau zum Konferenzort zu machen, hatte vor allem mit den bereits erwähnten Warnstreikaktionen von IG Metall und ver.di zu tun. Unter dem Motto „Waffen runter. Löhne rauf“ hatten sie die Verschränkung von außenpolitischen und tarifpolitischen Fragen durch eine gemeinsame neue Bündnisarbeit sichtbar gemacht. Insbesondere das 100 Milliarden Euro-Sondervermögen hatte zu einer Politisierung der Tarifrunden geführt, was von den Hanauer Gewerkschaften beispielhaft aufgegriffen wurde. Die Aktionen haben gezeigt, dass auch über politische Spaltungslinien hinweg eine gemeinsame Handlungsperspektive entwickelt werden kann.

Die Konferenz in Hanau hat damit für den Diskurs in den Gewerkschaften nicht nur einen wichtigen Anstoß gegeben, sondern auch an eine Tradition angeknüpft, die weit an die Ursprünge der Hanauer Arbeiterbewegung zurückreicht. Denn im SPD-Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb wie auch unter Hanauer Gewerkschaftern regte sich bereits mit Beginn des Ersten Weltkrieges antimilitaristischer Widerstand. So hatte am Vorabend des Krieges, im September 1913, Rosa Luxemburg im Saalbau des Hanauer Gewerkschaftshauses vor tausenden Arbeitern eine wichtige antimilitaristische Rede gehalten. Darin forderte sie, im Falle eines Krieges den Schießbefehl gegen französische Arbeiter, die in Soldatenuniformen steckten, kollektiv zu verweigern. Diese Rede brachte ihr 14 Monate Gefängnis ein, was, wie wir wissen, nichts an ihrer Friedensliebe änderte. Die Geschichte zeigt uns: Diplomatische Lösungen brauchen den Druck derjenigen, deren Lebensbedingungen sich durch den Krieg verschlechtern.

Die Konferenz in Hanau hat der politischen Diskussion in der gesellschaftlichen Linken Schwung gegeben. Sie hat nicht nur die besondere Verantwortung der Gewerkschaften bei der Zurückdrängung des bellizistischen Diskurses in der Öffentlichkeit unterstrichen, sondern auch gezeigt, dass es dafür ein wachsendes Interesse unter aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unterschiedlicher Generationen gibt.

Die Konferenz wurde zu einem Ort, an dem ältere Kollegen wie der ehemalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Fürth, Thomas Händel, von seinen Erfahrungen rund um die Diskussion in der Gewerkschaftsjugend über den Krefelder Appell berichtete. Und sie war zugleich ein Ort, an dem junge Vertreter von Fridays for Future die desaströsen ökologischen Auswirkungen des Krieges beschrieben und zugleich das strategische Dilemma der überwiegend von jungen Aktivisten geprägten Klimabewegung schilderten. „Uns fehlen die Erfahrungen aus der Friedensbewegung. Uns fehlt das Wissen, um diesen Krieg richtig einordnen zu können. Wir brauchen den gemeinsamen Schulterschluss



mit Friedensbewegung und Gewerkschaften und insbesondere mit der älteren Generation“, so der ebenso berührende wie inspirierende Appell.

## Die Diskussion fortsetzen

Damit die Konferenz in Hanau kein singuläres Ereignis bleibt, sondern die Diskussion fortgesetzt werden kann, haben wir uns dazu entschlossen, mit der vorliegenden Publikation einen Anfang zu setzen. Sie ist ein Orientierungsangebot *von* Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern *für* Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Wer nach Hinweisen sucht, um das Chaos in der Welt zu begreifen, wer Argumenten auf der Spur ist, um die Dynamik des Ukraine-Krieges zu verstehen, wer Informationen über die Gefahr eines Atomkrieges benötigt, wer nach einer Begründung sucht, warum dieser schreckliche Krieg in der Ukraine keine Minute länger dauern darf, wer Belege braucht, dass die von Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende die Verarmung in der Bundesrepublik vorantreiben wird und wer verstehen möchte, warum das Umfragehoch der AfD auch etwas mit dem politischen Diskurs über den Ukraine-Krieg zu tun hat, dem sei der vorliegende Band unbedingt empfohlen. Er steht mit hervorragenden Analysen und fundierten Argumenten all jenen zur Seite, die ihre Stimme gegen den Krieg erheben möchten.

Dabei kann vielleicht besonders der Beitrag von Jeremy Corbyn eine wertvolle Inspiration sein. Dem Gewerkschafter Corbyn war die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten stets ein besonderes Anliegen, selbst dann noch als er als Abgeordneter ins Britische Unterhaus einzog. Sein gewerkschaftliches Engagement blieb der Kompass seines politischen Handelns – das galt auch für Fragen von Krieg und Frieden. Weil sich die Arbeits- und Lebensbedingungen von Pflegekräften, Stahlarbeitern und Reinigungspersonal verschlechtern, wenn Aufrüstung und Krieg Konjunktur haben, trat Corbyn stets für eine pazifistische Außenpolitik ein, befürwortete den NATO-Austritt des Vereinigten Königreiches, verurteilte den Kosovo-Krieg, stimmte gegen den Irakkrieg und wandte sich gegen die britische Nuklearrüstung. Sein politisches Engagement zeigt, wie eng die soziale und die Friedensfrage beieinander liegen.

In seinem Beitrag verweist er mit allem Nachdruck auf eine schnelle Beendigung des Krieges in der Ukraine und macht zugleich deutlich, dass es nicht reichen wird, nur den Krieg abzulehnen. Wir brauchen darüber hinaus auch eine linke Alternative zu der wirtschaftlichen Armut, zu den finanziellen Entbehrungen und der gesellschaftlichen Ungleichheit, die wir in ganz Europa erleben.

Ohne diese Alternative werden wir dem Kriegsgeheule nichts entgegensetzen können, argumentiert er. Warum? Weil wir uns vor allem darin von der extremen Rechten unterscheiden. Sie versucht, die Arbeiterklasse gegen den Krieg zu mobilisieren, ohne dabei die sozialen Verwerfungen abzuschaffen. Sie tut dies durch Angriffe auf Geflüchtete oder andere Minderheiten. Und während es heute Geflüchtete sind, die sie angreifen und unterdrücken, wird es morgen die Arbeiterklasse selbst sein. Deshalb sei es wichtig, den Kampf gegen den Krieg mit dem Kampf gegen die extreme Rechte und gegen die Sozialkürzungen so miteinander verbinden, dass wir in all diesen Auseinandersetzungen schlagkräftiger werden.

Mit diesem Band bleibt die Hanauer Konferenz kein singuläres Ereignis. Denn er trägt dazu bei, dass die inhaltliche wie strategische Diskussion über die Herausforderungen der Friedensbewegung, zu der die Gewerkschaften immer gehört haben, fortgesetzt werden kann. Wir müssen den guten Geist der Gewerkschaftsbewegung, die Kraft unserer Klasse, das geopolitische Einordnungsvermögen der Friedensbewegung, die Diskursmacht der Klimabewegung und die Leidenschaft junger Aktivistinnen und Aktivisten miteinander verbinden, um eine gemeinsame Bewegung gegen die Zumutungen und Zerstörungen des Kapitalismus aufzubauen. Das wird die Herausforderung der nächsten Jahre sein. Viel Zeit dafür bleibt uns jedoch nicht.

Wenn diese Publikation dazu einen Beitrag leisten kann, indem sie Kolleginnen und Kollegen ermutigt, in ihrem Vertrauensleute-Ausschuss oder Ortsvorstand, auf der Delegiertenversammlung oder im gewerkschaftlichen Bildungsseminar Position zu beziehen und mit dieser Position zum politischen Referenzpunkt auch für andere Kolleginnen und Kollegen zu werden, dann hat sie ihre Funktion erfüllt.

## Dank an alle Beteiligten

Die Stärke der Arbeiterbewegung war immer ihre Kollektivität. Dass diese Publikation nun fertig vorliegt, war keine Einzelleistung, sondern das Ergebnis der Zusammenarbeit vieler Kolleginnen und Kollegen. Eine Zusammenarbeit, die bereits mit der Vorbereitung der Konferenz begonnen hat. Wie so oft stehen daher auch hinter diesem Ergebnis nicht nur diejenigen, die das Rampenlicht sichtbar macht, sondern auch diejenigen, die zur Organisation der Konferenz und zu ihrem Erfolg beigetragen haben. Mein Dank geht daher zum einen an die Autorinnen und Autoren in diesem Band, ebenso wie an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die zur Finanzierung des Projektes beigetragen hat. Er geht aber auch an meine beiden Genossen im BundessprecherInnenrat der BAG Betrieb & Gewerkschaft, Nils

Böhlke und Jan Richter, die inzwischen zu meinen engsten politischen Weggefährten gehören. An Hannes Draeger, der wie kaum sonst jemand brennt, wenn es um den Kampf für Frieden geht. An Özlem Alev Demirel für die Idee, groß zu denken und Jeremy Corbyn einzuladen. An Jutta Krellmann, Herbert Behrens und Thomas Händel, die uns mit ihren Erfahrungen aus den 1980er Jahren ein unersetzbares Korrektiv waren. An Robert Weissenbrunner, Kevin Eckert und Reiner Kunze von der IG Metall Hanau-Fulda dafür, dass sie an alles gedacht haben, um das Zelt vorm Hanauer Gewerkschaftshaus zu einem Ort zu machen, an dem sich jede und jeder wohl fühlte. An Heinz Bierbaum, Ingar Solty und Mario Candeias für die Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Und an all die anderen, die an jenem Juni-Wochenende zum Gelingen dieser wirklich großartigen Konferenz beigetragen haben.

Ich wünsche mir, die vorliegende Publikation würde einen Beitrag dazu leisten, die wichtige Frage von Krieg und Frieden in den Gewerkschaften so zu diskutieren, dass die Gewerkschaften an den damit verbundenen Widersprüchen wachsen und ihre Rolle als Ankerpunkt in der Friedensbewegung finden und ausfüllen. In einem Gedicht von Lothar Zenetti heißt es: „Was keiner wagt, das sollt ihr wagen. Was keiner sagt, das sagt heraus. Was keiner denkt, das wagt zu denken. Was keiner anfängt, das führt aus!“ Als kritische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollten wir uns von diesen Zeilen leiten lassen und uns leidenschaftlich, selbstbewusst und stolz in die Auseinandersetzung für eine friedliche Welt hineinwerfen.

November 2023